

II- 856 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

XIII. Gesetzgebungsperiode  
Wien, am 9. Mai 1972

Zl. 010.066-Parl./72

350/A.B.  
zu 328/J.  
Präs. am 12. Mai 1972

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates  
Parlament  
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 328/J-NR/72, die die Abgeordneten Dr. Blenk und Ge-  
nossen am 14. März 1972 an mich richteten, beehre ich  
mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 und 2) Die Einführung eines Gegen-  
standes "Sozial- und Wirtschaftskunde" an Höheren Schulen  
ist eine Angelegenheit, die primär vom Bundesministerium  
für Unterricht und Kunst zu prüfen ist. Gespräche zwischen  
diesem und dem Bundesministerium für Wissenschaft und For-  
schung sind erst dann sinnvoll, wenn eine Klärung der An-  
gelegenheit im Bereiche der höheren Schulen eingetreten  
ist.

Seit der Erweiterung der Geschichte um die  
Sozialkunde und der Geographie um die Wirtschaftskunde  
werden jeweils im Zuge der einzelnen Lehrplanarbeiten in  
Zusammenarbeit mit den Vertretern der Hochschulen die  
Konkretisierung der Bildungsaufgaben vorgenommen und die  
Lehrstoffgebiete erstellt. Allerdings ist festzuhalten,  
daß in dem entsprechenden über Empfehlung der Schulreform-  
kommission eingesetzten Arbeitskreis des Bundesministeriums  
für Unterricht und Kunst die Mitglieder des Arbeitskreises,  
dem Vertreter der Hochschulen und der allgemeinbildenden  
höheren Schulen angehören, hinsichtlich der Schaffung eines

eigenen Faches "Sozial- und Wirtschaftskunde" (Politische Bildung) geteilter Auffassung waren. Es ist in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, daß von weiteren Seiten, insbesondere auch seitens zahlreicher Studenten- und Lehrervertreter, wiederholt der Wunsch geäußert wurde, hinsichtlich einer eventuellen Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes und einer eigenen Studienrichtung für das Lehramt "Sozialkunde und Wirtschaftskunde" sehr vorsichtig vorzugehen.

Im Rahmen des Studiengesetzes über die geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Studien wurde auch für das Lehramt an höheren Schulen eine Studienrichtung "Sozial- und Wirtschaftskunde" geschaffen. Die Realisierung dieser Studienrichtung ist allerdings vom Fortschreiten der Arbeiten im Rahmen der Neugestaltung der Lehrpläne für die allgemeinbildenden höheren Schulen abhängig. Diese Arbeiten stehen, wie bereits oben ausgeführt wurde, in engstem Zusammenhang mit den Modellversuchen zur Reform der AHS-Oberstufe. Bezüglich des konkreten Anliegens, nämlich im Rahmen der Schulversuche auch die Schaffung des eigenständigen Faches "Sozial- und Wirtschaftskunde (Politische Bildung)" zu prüfen, ist bereits seit einiger Zeit ein enger Kontakt mit Einrichtungen der Hochschule hergestellt, insbesondere mit der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt. Die an dieser Hochschule in Form eines eigenen Projektes laufenden Vorarbeiten zur Einrichtung des Fachbereiches "Sozial- und Wirtschaftskunde (einschließlich Zeitgeschichte und Politische Bildung)" sind mit den betreffenden Abschnitten der Schulversuche für die AHS-Oberstufe engstens koordiniert; von hier aus wird auch die wissenschaftlich-didaktische Betreuung dieses Teiles der Schulversuche an der AHS-Oberstufe vorgenommen werden.

- 2 -

Damit ist deutlich darauf hingewiesen, daß die gegenseitigen Kontakte zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hinsichtlich des Bereiches "Sozial- und Wirtschaftskunde" sehr eng gestaltet sind.

ad 3 und 4) Mit einer Regierungsvorlage über die Studienrichtung "Sozial- und Wirtschaftskunde (Lehramt an höheren Schulen)" wird zu rechnen sein, sobald über die Gestaltung des Unterrichts aus diesem Gegenstand an höheren Schulen endgültige Klarheit besteht.

